

Wankdorf-Zubringer: Mitsprache ist unerwünscht

von Urs Frieden – 7. September 2022

Autobahn-Ausbau im Wankdorf: Alle 13 Einsprachen von Quartier-Organisationen werden nicht zugelassen. Ebenso wenig ein Protest-Fest.



Fest abgesagt! Blick auf das umkämpfte Gebiet.
(Bild: Spurwechsel)



Autor_in

Urs Frieden

Ist im Vorstand von Journal B und arbeitet als Journalist und Kommunikationsberater.

TEILEN MIT

↗ FACEBOOK

↗ TWITTER

↗ EMAIL

Dicke Post aus dem Uvek, dem Verkehrsdepartement von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga: Allen Quartier-Organisationen wird die ↗ Einsprache-Legitimation verweigert. Somit werden ein Dutzend Einsprachen zur Makulatur. Unter den zum Schweigen Verurteilten befinden sich auch die

Keine Anwohnende

Die Uvek-Jurist*innen definieren Betroffenheit mit direktem Anwohnen. Auf der Grossen Allmend gibt es aber weit und breit keine Anwohnende. Die IG Wankdorf, die diese Definition noch am ehesten erfüllen könnte und die Allmend auch als Naherholungszone beansprucht, ist aber ebenfalls ausgeschlossen worden. Sie wird die skandalöse Verfügung weiterziehen.

Die Umgestaltung des Verkehrsknotenpunkts Wankdorf, im Volksmund «Spaghetti-Teller», wird von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt oder zumindest mit Skepsis betrachtet. Das federführende Astra (Bundesamt für Strassen) hat vor allem deshalb noch keinen Schiffbruch nach Bieler oder Luzerner Art erlitten, weil der Berner Gemeinderat in alter und neuer Zusammensetzung sowie die umliegenden Gemeinden brav mitziehen.

«Ausbau stoppen!»

Dabei ist klar: Wenn ein halber Wald umgeholzt, eine «Einfallsachse» (Zitat Astra-Chef) mitten ins

ben die Betroffenen gefälligst ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Der Gemeinderat hat aber inzwischen sogar ein Protestfest des Vereins Spurwechsel, der den Widerstand koordiniert, auf der Allmend untersagt. Das Grüne Bündnis protestierte gegen das Verbot vehement: «Um die Klimakrise zu bekämpfen, müssen Millionen-Investitionen in den Ausbau von Strassen gestoppt werden. Die Stadt Bern muss sich gegenüber Bund und Kanton konsequent dafür engagieren, dass der Autoverkehr vermindert und verlagert wird.»

«Mitsprache eine Farce»

Die 71 Onlinezeitung «Hauptstadt» hat sich mit den Nicht-Einsprache-Legitimierten am Tatort getroffen und die Wut in einem langen Artikel greifbar gemacht: «Ein Affront», «Quartier-Mitsprache eine Farce», heisst es da etwa. 13 Einsprachen seien nicht zugelassen worden, und zwar mit ellenlangen Begründungen. «In dieser Zeit hätte man genauso gut inhaltlich auf unsere Vorschläge eintreten können», sagt der Quavier-Vertreter in der Hauptstadt.

Immerhin: Zugelassen wurden die Einsprachen von nationalen Organisationen wie VCS oder

TEILEN MIT

↗ FACEBOOK

↗ TWITTER

↗ EMAIL



Autor_in

Urs Frieden

Ist im Vorstand von Journal B und arbeitet als
Journalist und Kommunikationsberater.

8 Antworten



Like



Lustig



Liebe



Überrascht

Ein Kommentar



Anmelden ▼

Diskutieren Sie mit...

ANMELDEN MIT

ODER MIT DISQUS EINLOGGEN 

Name



Teilen

Beste Neueste Älteste



Floriot3006

vor 6 Monaten

Vielleicht könnte man zur Kenntnis nehmen,
dass nach Bundesrecht nur die sogenannten
nationalen Umweltverbände zur Einsprache
legitimiert sind. Das war allen bekannt - die Wut

«Journal B» – Sagt, was Bern bewegt

Das Online-Magazin Journal B berichtet über die Themen Politik, Alltag und Kultur in der Bundesstadt. Im Zentrum stehen die Analyse und der journalistische Weitblick. Mit überraschenden Geschichten und interessanten Zugängen wird das Leben in Bern abgebildet.

© 2023 Journal B

Partner

Mitglieder Journal B

Bürgergemeinde Bern

Berner Kantonalbank

Römisch-katholische Gesamtkirchgemeinde Bern
und Umgebung

GVB Kulturstiftung

Ev.-ref. Gesamtkirchgemeinde Bern